**Tödliche Vorurteile**

**Ein Bericht zur Ausstellung von Sinti und Roma in Pforzheim**

**Auf einer Recherchereise an einem Ort in der Ostslowakei erlebt man hautnah die Armut und Diskriminierung, unter denen Roma trotz klarer EU-Vorgaben immer noch leiden.**

**In Pforzheim fand Anfang Februar eine Ausstellung zur Diskriminierung von Roma und Sinti statt. Diese Ausstellung wurde von einer Schulklasse (8. Klasse) recherchiert und organisiert. Sie stellten an Hand von mehreren eindrucksvollen Bildern die Wohnsituation dieser Minderheit in Rumänien dar. Gleichzeitig hoben sie hervor, dass Diskriminierung nicht nur in Rumänien und anderen osteuropäischen Ländern stattfindet, sondern auch in Westeuropa wie z. B. Italien und Spanien der Fall ist.**

Erschüttert von der Armut dieser Leute fragte man schon nach einer halben Stunde Aufenthalt nach dem nächsten Supermarkt und was am meisten fehle. „Brot“, hieß es, woraufhin zwölf Brotlaibe im Einkaufskorb landeten. „ Und das Zweitwichtigste?“ „Butter“. „Als Drittes?“ „Ja, wenn du noch ein bisschen Geld hast, Wurst“. Für die Kinder wurden dann noch Frühstücksflocken mit Spielzeugbeilage gekauft.

Der Einkauf wurde an sechs Familien verteilt. Aus einer der Behausungen, einem früheren Stall, drang nach kurzer Zeit Jubel von vier Kindern. „Jetzt haben die Kinder sicher die Frühstücksflocken mit dem Plastikspielzeug entdeckt?“ „Nein, das Brot und die Butter!“

Tags darauf wurde ein Krankenwagen gerufen. Er kam nicht. „Weil sie wissen, dass wir Roma sind!“ Darauf wurde damit gedroht, wenn sie nicht kämen, würde das deutsche Fernsehen darüber berichten. Als der Krankenwagen danach eintraf, stiegen die Sanitäter nicht aus, gingen nicht zu dem am Boden bewusstlos Krampfenden, entschieden nicht über Transportarten, nein, sie blieben im Krankenwagen und ließen den Verletzten bringen. Dies wiederholte sich tags darauf bei einer Frau. Der Arzt im Krankenhaus verschrieb ihr eine Therapie bei einem Kollegen, der 7 Kilometer vom Wohnort der Frau praktiziert, vielleicht weil ein deutscher Journalist anwesend war. Auf die Frage, ob seine Frau zu der Therapie ginge, antwortete der Ehemann: „Wie denn? Sie ist krank. Und wer soll Bus oder Sprit zahlen?“ Als zwei ihrer Kinder eingeschult wurden, kamen die Eltern wochenlang nach Deutschland zum Betteln, damit die Kinder Schulranzen und Mäppchen haben. Sie sollten nicht noch mehr gehänselt werden, als es Roma-Kinder ohnehin schon erleiden.

Diese und ähnliche Beispiele ereignen sich zigfach, nicht nur in der Slowakei. Sondern auch in Rumänien, Italien, Spanien und anderen westeuropäischen Ländern. Sie zeigen die strukturelle Gewalt, verursacht durch Rassismus und Antiziganismus, die bittere Armut auslösen und wiederum Benachteiligung und Antiziganismus fördern.

In der Gruppe der Roma ist die Kindersterblichkeit laut Unicef und Index Mundi viermal so hoch wie unter Kindern der übrigen Bewohner eines Landes in der Balkanregion. In Serbien beträgt laut Amnesty International die Lebenserwartung von Frauen 74 Jahre, die der Roma-Frauen lediglich 48 Jahre. Dr. Martin Häberle aus Nürtingen erklärt: „Allein durch staatliche und mehrheitsgesellschaftliche Gewalt in Form von Restriktion der Lebensverhältnisse sterben von je 1000 Kindern in Rumänien 30 Roma-Kinder, in Mazedonien 24 Roma-Kinder, und ist die Lebenserwartung der Roma-Frauen in Serbien um fast die Hälfte gegenüber der Normalbevölkerung reduziert. Wenn die Sterblichkeit einer ethnischen Gruppe gravierend von der Durchschnittsbevölkerung abweicht, so kann das durch direkte Gewalt wie Mord geschehen, aber auch durch subtile, indirekte Gewaltanwendung. Das Ergebnis ist aber das gleiche: ungerechte, ungleiche Verhältnisse, bis hin zur Reduktion der ethnischen Gruppe.

Frankreich schickte tausende Roma nach Rumänien und Bulgarien zurück. Damit löste unser Nachbarstaat eine Debatte um Abschiebungen, Menschenrechtskonventionen und Minderheitenpolitik aus. Auch in Ungarn ist die Lage der allermeisten Roma schlimm. Dort verfolgt die paramilitärische Gruppe „Wehrkraft“ das Ziel, die nationale Minderheit aus Ungarn zu vertreiben. István Kun schreibt in Élet és Irodalom: „Die Roma leben vor allem in Regionen Ungarns, die als die ärmsten der EU angesehen werden. Und selbst dort zählen die meisten Roma-Familien zu den Ärmsten der Armen…. Im Winter frieren sie nur dann nicht, wenn es ihnen irgendwie gelingt, sich Holz zu ‚organisieren‘. Was sie essen? Das Billigste. Nur, dass Brot auf dem Dorf fast doppelt so viel kostet wie in den Supermärkten der Städte. Wie auch sonst alles teurer ist, von der Milch bis zur Wurst. …Diese Menschen sind nicht nur mental, sondern auch körperlich von der Armut gezeichnet.“ In Ländern des Westbalkans bekommen nach rassistischen Angriffen oft die Opfer und nicht die Täter Schwierigkeiten.

In Tschechien werden Roma-Kinder meist in Sonderschulen gesteckt. Kritik aus dem Ausland an dieser Segregation von Roma-Kindern prallt ab. Das entspreche bei Weitem nicht ihren Begabungen, so der Leiter der Liga für Menschenrechte, David Zahumenský, in Aktuál.cz: „Es ist unbefriedigend, dass darauf geachtet wird, diese Schulen immer auszulasten. Denn dort werden Menschen produziert, die künftig überflüssigerweise von staatlicher Hilfe abhängen werden. Wollen wir tatsächlich immer weiter an diesem untauglichen Modell festhalten? Der Schlüssel liegt in der Bildung. Es ist notwendig, dass die Regierung endlich lange vorbereitete Schritte umsetzt, wie sie in anderen Ländern gut funktionieren.“ Die vielen unqualifizierten Roma in Deutschland und anderswo, auch aus einer Zeit, in der in Ex-Jugoslawien der Rassismus nicht ins Handeln umgesetzt wurde, sind Beweis dafür. „Es gibt viele erfolgreiche Roma in Deutschland. Doch die meisten geben sich nicht als Roma zu erkennen. Aus Angst vor dem alten Stigmata“, erläutert die im Kosovo geborene Nizaqete Bislimi. Vierzehn Jahre verbrachte sie in Flüchtlingsunterkünften, doch sie machte das Abitur und ist nun Anwältin.

Am Beispiel Rumänien wird geschildert wie Roma und Sinti (allesamt rumänische Einwohner) ihr Leben in Armut fristen. Fast alle Menschen dieser Minderheit leben am Existenzminimum und werden von den Behörden ausgegrenzt und diskriminiert. Roma und Sinti in Rumänien leben in Holzbaracken – ohne Strom und Wasser - die sie vor Jahren alleine aufgebaut haben und wurden von der Regierung bislang geduldet. Jetzt sind diese Hütten am Stadtrand der Regierung ein Dorn im Auge und sie werden mit fadenscheinigen Ausreden rechtswidrig abgerissen. Morgens um 3 h werden die Bewohner aus dem Schlaf gerissen und von den Stadtoberhäuptern aufgefordert innerhalb von 1 Stunde ihre Habseligkeiten zusammenzupacken und wegzugehen. Danach kommen die Bagger und machen die Siedlung platt. Wer nicht schnell genug ist hat Pech gehabt. Auf Nachfragen der Siedlungsbewohner wo sie hinsollen erklären die Verantwortlichen: „Die Häuser sind rechtswidrig gebaut worden. Ersatz für die Hütten gibt es außerhalb der Sichtweite von den übrigen Einwohnern – auf und neben den Müllhalden. Dort liegt Holz mit dem ihr eure Hütten wieder aufbauen könnt.“ Diese Müllhalden liegen teilweise mehrere Kilometer vom nächsten Ort entfernt.

Außer gravierenden Benachteiligungen im Gesundheitswesen und in der Bildung – allesamt Verstöße gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz – gibt es eine krasse Benachteiligung am Arbeitsmarkt, ein ebenso wesentlicher Schlüssel für die Armut der Roma. Ein Roma war mit seinem Bruder in Mazedonien auf Arbeitssuche. „Du kannst gleich morgen anfangen. Aber den brauchst du nicht mitzubringen“, wurde ihm gesagt. Warum? Sein Bruder sieht im Gegensatz zu ihm so aus, wie sich die Mehrheitsbevölkerung einen Roma vorstellt. Nach der EU-Richtlinie zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse wie auch nach Rechtsvorschriften sind die Mitgliedsstaaten bereits verpflichtet, ethnischen Minderheiten wie den Roma gleichberechtigten Zugang zu Wohnungen, Gesundheitsdiensten, Bildung und Arbeit zu gewähren. Die „Roma-Taskforce“ der entsprechenden Kommission stellte jedoch fest, dass hierfür noch immer keine schlagkräftigen und angemessenen Maßnahmen ergriffen wurden. Somit stehen diese Dinge weitgehend nur auf dem Papier.

László Andor, der von 2010 bis 2014 EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration war, erklärte hierzu: „Die anhaltende Ausgrenzung der Roma ist im Europa des 21. Jahrhunderts, das sich auf die Grundsätze der Gleichbehandlung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gründet, nicht hinnehmbar. Die Lebensbedingungen der meisten Roma und ihre Beziehungen zur übrigen Bevölkerung haben sich in den vergangenen Jahren sogar verschlechtert.“